



## Strategie zur Stärkung des EU-Wirtschafts- und Finanzsystems

### *Stärkung von Euro und Finanzmarktinfrastrukturen; bessere Umsetzung von EU-Sanktionen*

Die Europäische Kommission hat am 19.01.2021 eine neue Strategie vorgestellt, mit der die „Offenheit, Stärke und Resilienz des Wirtschafts- und Finanzsystems der EU“ einschließlich die internationale Rolle des Euro in den kommenden Jahren gefördert werden sollen. Die Strategie zielt u.a. darauf ab, die geopolitische Stellung der EU zu stärken (vgl. 1.).

Der vorgeschlagene Ansatz beruht auf drei sich gegenseitig verstärkenden Säulen:

- Stärkung der internationalen Rolle des Euro (vgl. 2.)
- Weiterentwicklung der Finanzmarktinfrastrukturen der EU und Steigerung ihrer Resilienz (vgl. 3.)
- Einheitliche Umsetzung und Durchsetzung der Sanktionen der EU (vgl. 4.)

### 1. Einordnung

Mit Hilfe der Strategie sollen u.a. bessere Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die EU eine führende Rolle in der globalen wirtschaftspolitischen Steuerung einnehmen kann. Gleichzeitig geht es um den Schutz der EU vor unfairen und missbräuchlichen Praktiken. Neben der Stärkung des Euros als Weltwährung sollen hierzu u.a. der Ausbau der EU-Finanzmärkte und ein besserer Schutz von europäischen Firmen gegen unrechtmäßige Sanktionen durch Drittstaaten beitragen. Die Strategie zieht damit u.a. Konsequenzen aus der Dominanz des Dollars, aus europäisch/US-amerikanischen Konflikten insbesondere während der Präsidentschaft von Donald Trump, aber auch aus dem Brexit, der die Notwendigkeit verstärkt, die Kapitalmärkte der EU weiter zu vertiefen.

Die Kommission sieht die Strategie auch im Kontext mit den Bemühungen um eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, die die EU gegen Krisen widerstandsfähiger und gleichzeitig für internationale Investoren attraktiver machen soll. Hierfür seien, neben der nun vorgeschlagenen Strategie, die Vollendung der Banken- und Kapitalmarktunion essentiell. Wie bereits mehrfach in der Vergangenheit benennt die Kommission als notwendige Maßnahmen hierfür etwa die Schaffung eines europäischen Einlagensicherungssystems, die Vereinfachung des Zugangs kleiner und mittlerer Unternehmen zu den Aktienmärkten, die Erleichterung langfristiger Investitionen und die Konvergenz der Insolvenzrahmen in der gesamten EU.

### 2. Stärkung der internationalen Rolle des Euro (Säule 1)

Die Bemühungen, die internationale Position des Euro zu fördern, knüpfen an die Mitteilung der Kommission „Hin zu einer stärkeren internationalen Rolle des Euro“ vom 05.12.2018 (COM(2018) 796/4) an, in der die Kommission bereits Schlüsselmaßnahmen zur Stärkung des Euros aufgeführt hat.

#### a. Motive

Die Notwendigkeit der Stärkung der internationalen Rolle des Euros sieht die Kommission u.a. darin begründet, die Wirtschaft vor Wechselkursschocks zu schützen und die Abhängigkeit von anderen Währungen zu verringern sowie niedrigere Kosten für Transaktionen, Finanzierung und Risikomanagement sicherzustellen. All dies würde auch dazu beitragen, global gemeinsame Ziele wie die Widerstandsfähigkeit des internationalen Währungssystems, ein stabileres und diversifizierteres globales Währungssystem und eine breitere Auswahl für Marktteilnehmer zu erreichen, was die globale Wirtschaft weniger anfällig machen würde.

Eine stärkere internationale Rolle des Euro beruhe letztlich – so die Kommission – auf einer Kombination politischer Strategien. Hierzu gehörten auch die anstehende Strategie für ein



nachhaltiges Finanzwesen oder die im September 2020 angenommenen Maßnahmen. Zu letzteren zählen ein Aktionsplan zur Kapitalmarktunion, eine Strategie für den Massenzahlungsverkehr sowie eine Strategie für ein digitales Finanzwesen (vgl. hierzu EU-Wochenbericht Nr. 32-2020 vom 28.09.2020).

Hierauf aufbauend will die Kommission an zusätzlichen – in der Strategie und nachfolgend benannten – Maßnahmen zur Förderung der weitweiten Verwendung des Euro arbeiten.

## **b. Zusätzliche Maßnahmen laut Strategie**

Die Kommission will u.a. die Entwicklung von auf Euro lautenden Warenderivaten für Energie und Rohstoffe weiter unterstützen und die Entstehung von auf Euro lautenden Referenzindizes und Handelsplätzen für Kernsektoren, einschließlich aufstrebender Energiemärkte wie Wasserstoff, erleichtern.

Ziel ist es darüber hinaus, auf Euro lautende Investitionen und die Verwendung des Euro als Rechnungsstellungs- und Abrechnungswährung zu fördern sowie ein besseres Verständnis der Hindernisse zu entwickeln, die einer breiteren Nutzung des Euro im Wege stehen. Hierzu strebt die Kommission einen verstärkten Austausch mit Partnern in Drittländern an. Kontaktiert werden sollen hierbei der öffentliche und private Sektor, Finanzaufsichtsbehörden und institutionelle Investoren in regionalen und einigen globalen Partnerländern der EU in Form von Dialogen, Workshops und Umfragen.

Des Weiteren sollen – in Zusammenarbeit mit der Europäischen Zentralbank (EZB) – die Pläne für einen digitalen Euro, der das Bargeld ergänzen soll, konkretisiert werden.

Darüber hinaus will die Kommission den Einsatz von Green Bonds als Instrument zur Finanzierung von Investitionen und Projekten fördern, die zur Erreichung der Ziele des Europäischen Green Deals erforderlich sind. In diesem Zusammenhang weist sie noch einmal darauf hin, dass 30% der gesamten Anleihen der EU, die zur Finanzierung von Next Generation EU emittiert werden, aus grünen Anleihen bestehen sollen. Dies werde dazu beitragen, den Euro als Standardwährung für nachhaltige Finanzprodukte zu stärken. Außerdem will die Kommission nach Möglichkeiten suchen, die Rolle des EU-Emissionshandelsystems (EHS) zu erweitern, um sein Umweltergebnis zu maximieren, und weitere EHS-Handelsaktivitäten in der EU unterstützen. Insgesamt strebt die Kommission den Ausbau der EU-Finanzmärkte zum zentralen Handelsplatz für das nachhaltige/grüne Finanzwesen an.

Schließlich weist die Kommission darauf hin, dass die Reaktion auf die Coronakrise die EU zu einem bedeutenden Akteur auf den Finanzmärkten mache. So habe die Kommission im Rahmen des EU-SURE-Instruments bis November 2020 von den insgesamt vorgesehenen 100 Mrd. Euro bereits Sozialanleihen im Volumen von 39,5 Mrd. Euro ausgegeben. Zur Finanzierung von Next Generation EU werde die EU darüber hinaus in den kommenden Jahren Kapital an den Finanzmärkten in Höhe von bis zu 750 Mrd. Euro aufnehmen. All dies werde zu einer – die Rolle des Euro stärkenden – Vertiefung der EU-Kapitalmärkte beitragen.

## **3. Weiterentwicklung der Finanzmarktinfrastrukturen der EU und Steigerung ihrer Resilienz (Säule 2)**

Die zweite Säule der vorgeschlagenen Strategie betrifft die Weiterentwicklung der Finanzmarktinfrastrukturen der EU und die Steigerung ihrer Resilienz.

### **a. Motive**

Nach Ansicht der Kommission liege es im zentralen Interesse der EU, ihre Finanzmarktinfrastrukturen auszubauen und deren Resilienz zu erhöhen, um eine übermäßige Abhängigkeit von der Bereitstellung solcher kritischen Dienste durch Betreiber in Drittländern zu vermeiden und sie vor Einmischung aus dem Ausland zu schützen. Dies betreffe Infrastrukturen, die für das Funktionieren



des Finanzsystems unerlässlich seien: Börsen, Banken, zentrale Gegenparteien, Zentralverwahrer usw.

Durch ihre internationalen Tätigkeiten unterlägen sie naturgemäß (auch) ausländischen Gesetzen und ausländischen politischen Maßnahmen. Dies mache sie anfällig für Störungen durch Drittländer, unter anderem durch die unrechtmäßige extraterritoriale Anwendung einseitiger Sanktionen. Daher sei es wichtig, die globale Reichweite dieser Infrastrukturen zu sichern und gleichzeitig die strategische Autonomie der EU zu wahren.

## **b. Maßnahmen laut Strategie**

Unter Einbeziehung der EZB und der zuständigen europäischen Aufsichtsbehörden beabsichtigt die Kommission mit Finanzmarktinfrastrukturunternehmen zusammenzuarbeiten, um eine gründliche Analyse ihrer Schwachstellen im Hinblick auf die rechtswidrige extraterritoriale Anwendung einseitiger Sanktionen durch Drittländer durchzuführen. Auf dieser Grundlage wird die Kommission ggfs. Empfehlungen abgeben oder Vorschläge für eine Verbesserung des Instrumentariums unterbreiten, mit denen eine unangemessene Beeinträchtigung der EU-basierten Finanzmarktinfrastrukturen verhindert und wirksam bekämpft werden kann.

Generell will die Kommission Möglichkeiten und Mittel prüfen, um den ununterbrochenen Fluss wesentlicher Finanzdienstleistungen, einschließlich Zahlungen, im Zusammenhang mit EU-Stellen oder Personen sicherzustellen, die von der extraterritorialen Anwendung einseitiger Sanktionen durch Drittländer betroffen sind.

Schließlich sollen auch Kapazitäten aufgebaut werden, um (z.B. bisher in London erbrachte) spezialisierte Finanzdienstleistungen verstärkt in der EU abzuwickeln. Dies betrifft z.B. die Clearingdienste von zentralen Gegenparteien (CCP). Die Kommission will hierzu u.a. eine Arbeitsgruppe einsetzen, um mögliche technische Probleme im Zusammenhang mit der Übertragung von Finanzkontrakten in Euro oder anderen EU-Währungen, die derzeit außerhalb der EU abgewickelt werden, auf in der EU ansässige CCPs zu bewerten.

## **4. Einheitliche Umsetzung und Durchsetzung der Sanktionen der EU (Säule 3)**

Die dritte Säule der vorgelegten Strategie betrifft die einheitliche Umsetzung und Durchsetzung der Sanktionen der EU.

### **a. Motive**

EU-Sanktionen sind – so die Kommission – ein Schlüsselinstrument zur Förderung der Ziele der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Sie spielten eine entscheidende Rolle bei der Wahrung der Werte und für den internationalen Einfluss der EU. Eine robustere und schnellere Umsetzung und Durchsetzung von EU-Sanktionen sowie eine Schutzpolitik gegen die rechtswidrige extraterritoriale Anwendung von Sanktionen durch Drittländer auf EU-Personen/Unternehmen werde der Stärke und Widerstandsfähigkeit der EU zugutekommen.

Allerdings sei die Umsetzung von Sanktionen in der EU nicht so einheitlich, wie es sein sollte. Dies führe zu Verzerrungen im Binnenmarkt, da EU-Unternehmen, einschließlich EU-Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen, Verbote umgehen könnten. Eine inkonsistente Durchsetzung schaffe Unsicherheiten und untergrabe die Wirksamkeit von Sanktionen und die Fähigkeit der EU, mit einer Stimme zu sprechen.



## b. Maßnahmen laut Strategie

Die Kommission schlägt vor, die Umsetzung der EU-Sanktionen zu verbessern, insbesondere durch

- die Stärkung des Mechanismus für den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission, u.a. durch die Entwicklung einer EU-weiten Datenbank;
- die Schaffung einer zentralen Kontaktstelle für Fragen der Durchsetzung und Umsetzung mit grenzüberschreitender Dimension;
- die Gewährleistung, dass EU-Mittel, die Drittländern und internationalen Organisationen bereitgestellt werden, nicht unter Verstoß gegen EU-Sanktionen verwendet werden;
- die Einrichtung eines speziellen Systems, das die anonyme Meldung der Umgehung von Sanktionen einschließlich Whistleblowing ermöglicht.

---

Weiterführende Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_108](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_108)